

Sessionsvorschau auf einen Blick

Frühjahrssession 2018 | 26. Februar bis 16. März

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO und der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 80000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Vorschau im Überblick

DATUM	RAT	EMPFEHLUNG
	NATIONALRAT	
12.03.2018	16.479 Parlamentarische Initiative Ständerat (SGK-SR) Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten	Annahme mit Änderungen
	16.482 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Tuena) Schaffung der rechtlichen Grundlage für Überwachungsmassnahmen durch eine Versicherung	Ablehnung
15.03.2018	16.301 Kantonale Initiative (SH) Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz	Keine Folge geben
16.03.2018	12.419 Parlamentarische Initiative (Leutenegger) Fristverlängerung Wahrung höherer, berechtigter öffentlicher Interessen als Rechtfertigungsgrund (Whistleblowing)	Fristverlängerung zustimmen
	STÄNDERAT	
26.02.2018	16.3006 Motion Nationalrat (FK-NR) Individualbesteuerung auch in der Schweiz. Endlich vorwärts machen	Annahme
	06.302) Kantonale Initiativen (ZH) (BE) (BS)	
	07.305) Übergang zur Individualbesteuerung	Annahme
	08.318)	
	16.318 Kantonale Initiative (AG) Abschaffung der Heiratsstrafe	Ablehnung
28.02.2018	16.3297 Mo. Nationalrat (Derder). Führung der Strategie Digitale Schweiz verstärken	Annahme
15.03.2018	16.3225 Motion Ständerat (Hegglin Peter) Einführung eines AHV-Referenzalters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung	Ablehnung
	17.3860 Motion Ständerat (Baumann) Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung	Annahme

Nationalrat

12.03.2018

16.479 Parlamentarische Initiative Ständerat (SGK-SR)

Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten

Die plattform empfiehlt die Annahme des Vorschlags der SGK-NR mit Änderungen bezüglich Dauer der Observation und Datenschutzbestimmungen für die aus der Observation gesammelten Daten.

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Observationen im allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist wünschenswert. Für die *plattform* stehen das Prinzip der Rechtsgleichheit und der Verhältnismässigkeit dabei im Vordergrund. Dem Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) stimmt die *plattform* weitgehend zu: Observationen können mit Hilfe von Bild-, Ton- und Standortbestimmungsinstrumenten vorgenommen werden, bedürfen aber in jedem Fall einer richterlichen Anordnung des kantonalen Versicherungsgerichts. Zusätzlich muss die maximale Dauer der Observation geregelt sein und darf nicht über die Bestimmungen der StPO hinausgehen. Auch soll sichergestellt werden, dass die gesammelten Daten mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden, für Versicherte nach Ende einer Observation einsehbar sind und bei Nichtbestätigung eines Verdachts vernichtet werden.

16.482 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Tuena)

Schaffung der rechtlichen Grundlage für Überwachungsmassnahmen durch eine Versicherung

Die plattform empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Die parlamentarische Initiative ergibt keinen Mehrwert zum Geschäft der Kommission SGK-SR (16.479) und adressiert wichtige Punkte gar nicht. Sie ist deshalb abzulehnen.

15.03.2018

16.301 Kantonale Initiative (SH)

Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz

Keine Folge geben.

Die *plattform* empfiehlt, der Initiative – mit Verweis auf die parlamentarische Initiative Altherr (14.449) – keine Folge zu geben. Für die Beratungen zu letzteren wurde die Frist bis HS 2019 verlängert. Abzuwarten ist zudem die Botschaft zur Fair-Preis-Initiative, welche Anfang 2018 zustande gekommen ist.

16.03.2018

12.419 Parlamentarische Initiative (Leutenegger) **Fristverlängerung**

Wahrung höherer, berechtigter öffentlicher Interessen als Rechtfertigungsgrund (Whistleblowing)

Die *plattform* stimmt einer Fristverlängerung zu.

Der Vorschlag des Bundesrates zum konnexen Geschäft 13.094 ist abzuwarten.

Ständerat

26.02.2018

16.3006 Motion Nationalrat (FK-NR)

Individualbesteuerung auch in der Schweiz. Endlich vorwärts machen

06.302)

07.305) Kantonale Initiativen (ZH) (BE) (BS)

08.318)

Übergang zur Individualbesteuerung

Die *plattform* unterstützt den Übergang zur Individualbesteuerung.

Die *plattform* unterstützt einen Systemwechsel bei der Einkommenssteuer. Steuerpflichtige sollen grundsätzlich unabhängig von Zivilstand und gelebter Familienform besteuert werden.

Die *plattform* setzt sich zudem auch für eine faire Familienbesteuerung ein. Steuerlich haben gut ausgebildete verheiratete Frauen meist wenig Anreiz, ihr Arbeitspensum zu erhöhen. Andererseits werden Einverdiener-Konkubinatspaare steuerlich bestraft. Steuerlich profitieren daher traditionelle Verheirateten-Einverdiener-Modelle des Zusammenlebens. Es kann nicht Aufgabe des Staats sein, durch das Steuer- und Sozialrecht in Bereiche des Familienrechts einzugreifen und gewisse Formen des Zusammenlebens zu begünstigen.

16.318 Kantonale Initiative (AG)

Abschaffung der Heiratsstrafe

Die *plattform* empfiehlt eine Ablehnung der kantonalen Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Die kantonale Initiative (AG) zur Abschaffung der Heiratsstrafe (16.318) wirkt den Bestrebungen nach einem Systemwechsel in der Besteuerung von natürlichen Personen entgegen und ist demnach abzulehnen. Das Volk hat eine entsprechende Volksinitiative 2016 verworfen. Der Übergang zur Individualbesteuerung löst auch das Problem der Heiratsstrafe und macht die kantonale Initiative überflüssig.

28.02.2018

16.3297 Motion Nationalrat (Derder)

Führung der Strategie Digitale Schweiz verstärken

Die *plattform* unterstützt eine Stärkung der Führung für die nationale Strategie Digitale Schweiz.

Im Bericht „Digitale Schweiz“ wird die Umsetzung der nationalen Strategie als Prozess im Spannungsfeld zwischen Politik, Bundesbehörden, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilbevölkerung und Behörden beschrieben. Eine interdepartementale Koordinationsgruppe der Bundesverwaltung, wie sie der Bundesrat eingesetzt hat, kann allenfalls Prozesse innerhalb der Bundesverwaltung koordinieren, sie kann die Gesamtheit dieser Aufgabe jedoch nicht bewältigen. Die tiefgreifenden Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft

bedürfen einer Prozessführung, welche die Umsetzung der Strategie in allen Bereichen sicherstellt und allenfalls auch neue Handlungsfelder identifizieren kann. Die *plattform* unterstützt deshalb das Anliegen der Motion, die Führung der Strategie zu verstärken. Nach Meinung der *plattform*, sollte diese jedoch nicht auch noch innerhalb der Bundesverwaltung angesiedelt sein, sondern allenfalls die Form einer APK oder eines neu geschaffenen Gremiums, z.B. in Form einer Kommission unter Einbezug aller relevanten Akteure, annehmen.

15.03.2018

16.3225 Motion Ständerat (Hegglin Peter)

Einführung eines AHV-Referenzalters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung

Die plattform empfiehlt eine Ablehnung.

Der Bericht des Bundesrates zur Reform Altersvorsorge ist abzuwarten.

17.3860 Motion Ständerat (Baumann)

Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

Die plattform empfiehlt die Annahme der Motion.

Aus Sicht der *plattform* ist eine Ausweitung des innerkantonalen Lastenausgleichs auf alle Kantone wünschenswert. Der Lastenausgleich schützt vor einem Verschieben von „schlechten Risiken“ auf Arbeitgeber bzw. Kassen bestimmter Branchen oder gar auf die kantonalen Familienausgleichskassen.

Weitere Auskünfte: Ursula Häfliger, Koordination *plattform*
044 283 45 78, politik@kfmv.ch